

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Mitzscherling, Dr. Hauchler, Bindig, Brück, Schanz, Frau Schmedt (Lengerich), Schluckebier, Dr. Müller-Emmert, Frau Luuk, Rapp (Göppingen), Dr. Holtz, Dr. Jens, Klose, Dr. Kübler, Frau Matthäus-Maier, Poß, Roth, Dr. Wieczorek, Huonker, Stiegler, Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 10/3078, 10/3229 —

Weltwirtschaftsgipfel in Bonn

In den letzten beiden Jahren haben sich weltwirtschaftliche Entwicklungen angebahnt, die auf mittlere Sicht Anlaß zu größter Besorgnis geben. Angesichts dieser Gefahren für die Weltwirtschaft darf der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn nicht wie in Williamsburg 1983 und in London 1984 zu einer politischen Schauveranstaltung ohne substantielle Ergebnisse werden. Es ist höchste Zeit zu handeln.

Die internationalen Handelsströme und die Wechselkurse sind völlig aus dem Lot geraten. Der protektionistische Druck wächst deshalb, ausgehend von den USA. Niemand kann vorhersagen, wann und wie schnell sich dies wieder ändert. Sicher ist nur, daß die Korrektur um so schmerzhafter ausfallen wird, je länger die derzeitigen Ungleichgewichte anhalten.

Weder die USA noch Europa können mit einem stetigen, dauerhaften Wirtschaftsaufschwung rechnen. Auch künftig wird es konjunkturelle Auf- und Abwärtsbewegungen geben. Vieles spricht dafür, daß die Zugkraft der Konjunktur-Lokomotive USA bereits nachläßt. Weltweit wird dies das wirtschaftliche Wachstum dämpfen.

Weiterhin überhöhte Realzinsen, insbesondere bedingt durch das hohe Haushaltsdefizit in den USA, und eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums der Industrieländer und des Welthandels können schnell auch zu einer erneuten Zuspitzung der Verschuldungsprobleme in der Dritten Welt führen. Die Konsequenzen für die wirtschaftliche und soziale Zukunft dieser Länder, aber auch für das internationale Finanzsystem wären nicht absehbar.

Die Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern, Hunger und wirtschaftlicher Niedergang in den Entwicklungsländern sind eine globale Herausforderung, der nur durch eine gemeinsame Anstrengung begegnet werden kann. Die Industrieländer des Nordens stehen in einer besonderen Verantwortung, um die Weltwirtschaft im gemeinsamen Interesse des Nordens und Südens zu stärken und gerechter zu gestalten.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn müssen die Weichen für ein koordiniertes wirtschaftspolitisches Handeln der großen Industrieländer gestellt werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Gipfelgespräche mit dem Ziel zu führen, zu verbindlichen Vereinbarungen in den folgenden Bereichen zu gelangen:

1. Die USA verpflichten sich, ihr Haushaltsdefizit schrittweise abzubauen und die übermäßige Inanspruchnahme der Ersparnisse der übrigen Welt zu vermindern. Nur dann wird ein Abbau der weltweit überhöhten Realzinsen, eine allmähliche Korrektur des Dollarkurses auf ein realistisches Niveau und eine Reduzierung des enormen amerikanischen Leistungsbilanzdefizits möglich sein.
2. Die USA verpflichten sich, auf die im US-Kongreß diskutierte Einführung eines Einfuhrzolls und auf andere protektionistische Maßnahmen zu verzichten, weil sie den Welthandel gefährden würden.

Europa, Japan und die USA sind sich einig, eine handelspolitische Offensive im Rahmen des GATT zu ergreifen, um einer Ausweitung des Protektionismus zu begegnen.

Japan verpflichtet sich, seinen Binnenmarkt für sämtliche ausländische Anbieter so weit zu öffnen, daß ein Ausgleich seiner weltwirtschaftlich störenden Leistungsbilanzüberschüsse auf mittlere Sicht erreichbar wird. Japan wird gleichzeitig Anstrengungen unternehmen, um seine Binnenkonjunktur nachhaltig zu stärken.

3. Die europäischen Länder, die von ihrer Preisstabilität und Haushaltssituation her dazu in der Lage sind, insbesondere die Bundesrepublik und Großbritannien, verpflichten sich, ihre binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte durch mehr öffentliche Investitionen und Anreize für private Investitionen sowie andere nachfragefördernde Maßnahmen zu stärken. Europa muß einer Wachstumsabschwächung in den USA durch größere Eigenanstrengungen begegnen.
4. Die Teilnehmerstaaten verpflichten ihre Notenbanken, durch koordinierte Devisen-Interventionen allzu drastische Wechselkursausschläge zu verhindern.

Die Teilnehmerstaaten werden noch in diesem Jahr eine Konferenz auf höchster Ebene einberufen, die die Expertenstudien

zu einer Reform des Weltwährungssystems prüfen und bis zum nächsten Weltwirtschaftsgipfel konkrete Reformvorschläge unterbreiten wird. Die Teilnehmer lassen sich dabei von der Einsicht leiten, daß die heutige Instabilität des Weltwährungsgefüges auf Dauer die internationale Arbeitsteilung stört, hohe und unnötige volkswirtschaftliche Anpassungskosten fordert und auch die internationalen Finanzbeziehungen mit hohen Risiken belastet.

5. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, ihrer globalen Verantwortung gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern gerecht zu werden: durch Abbau des Realzinsniveaus, Förderung des Welthandels, Entlastung der Schuldnerländer und durch eine Entwicklungspolitik, die die Eigenversorgung und eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung in der Dritten Welt begünstigt. Der Mittelzustrom der öffentlichen Hilfe in die Entwicklungsländer muß zumindest aufrecht erhalten und möglichst erhöht werden.

Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, sich für eine ständige Verbesserung der Handels- und Austauschverhältnisse der Dritten Welt einzusetzen und in der Dritten Welt dazu beizutragen, daß binnenwirtschaftliche Entwicklungen und Ansätze zu regionaler Zusammenarbeit gefördert werden.

6. Die Teilnehmerländer werden im Internationalen Währungsfonds darauf hinwirken, daß die bislang auf kurzfristige Zahlungsbilanzverbesserung abzielende Auflagenpolitik des Fonds, die der Bevölkerung der Schuldnerländer harte Opfer auferlegte, künftig stärker an langfristigen und entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtet wird. Die Schuldnerländer müssen in die Lage versetzt werden, ihre Entwicklungspläne weiter zu verfolgen und ihre Wirtschaftskraft zu stärken, auch um ihre Fähigkeit zur Leistung des Schuldendienstes zu verbessern. Allerdings erfordert eine Lösung des Schuldenproblems auch größere Eigenanstrengungen der Schuldner und insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht.

7. Zur langfristigen Lösung der internationalen Verschuldungskrise sind Maßnahmen ins Auge zu fassen, die den Schuldendienst der Schuldnerländer ihrer Leistungsfähigkeit anpassen. Die Teilnehmerstaaten werden deshalb auf ihre Geschäftsbanken einwirken, mit den hoch verschuldeten Staaten vermehrt langfristige Schuldenabkommen zu schließen.

Sie verpflichten sich, ihr auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel gegebenes Versprechen einzulösen, mehrjährige Umschuldungsabkommen der Banken durch mehrjährige Umschuldungsabkommen im Rahmen des Pariser Clubs zu begleiten.

Sie erklären sich bereit, insbesondere den ärmsten Ländern ihre öffentlichen Schulden zu erlassen. Sie stimmen der Einberufung einer internationalen Schuldenkonferenz zu, auf der die Grundzüge langfristiger Schuldenabkommen zu vereinbaren sind.

8. Die Teilnehmerstaaten werden die Initiative ergreifen für ein Gipfeltreffen der führenden westlichen und östlichen Industrieländer und Entwicklungsländer – ähnlich dem Treffen in Cancun 1981 –, um im engeren Kreis und ohne Zwang zu konkreten Beschlüssen den Nord-Süd-Dialog neu zu beleben und insbesondere die Idee der globalen Verhandlungen weiter zu verfolgen.
9. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, ein „Zukunftsprogramm für die Dritte Welt“ in bezug auf Entschuldung, Handelsförderung und Sicherung der Grundbedürfnisse vorzubereiten. Sie verpflichten sich, den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in die Dritte Welt stärker zu kontrollieren und zu reduzieren. Durch Abrüstungsschritte freiwerdende Finanzmittel sollen für die Bekämpfung des Hungers und für die Entwicklung der ärmsten Entwicklungsländer verwendet werden.

Die Teilnehmerstaaten kommen darin überein, ihre technische Intelligenz und ihre Wirtschaftskraft künftig weniger für die Entwicklung immer neuer Waffensysteme zu verwenden, sondern vielmehr für die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Menschen, mehr soziale Gerechtigkeit und für den Erhalt der natürlichen Umwelt.

Bonn, den 24. April 1985

Dr. Vogel und Fraktion